



Diskussionspapier
der **Akademie Solidarische Ökonomie**
zum Kongress
„Für ein solidarisches Europa“
Berlin 2017

Alternativen und Strategien für ein solidarisches Europa

Das europäische Projekt

Das europäische Projekt war gestartet mit der **anfänglichen Vision** der Überwindung des Nationalismus und der friedlichen Einheit freier und prosperierender Völker. Es war getragen vom Gedanken der Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten und der europäischen Werte der Aufklärung und der Verständigung. Europa, das stand nicht zuletzt auch für Fortschritt in einem damals noch emphatisch gedeuteten Sinn. Es herrschte die Vorstellung, dass die wirtschaftliche und später auch monetäre Einheit (Euro) eine soziale und politische Einheit nach sich ziehen würde.

Heute ist die EU zu einem primär wirtschaftlich getriebenen Projekt verkommen, in der die wirtschaftliche und monetäre Einheit nicht am Anfang (einer viel weiter greifenden, die besten Werte umschließenden Entwicklung) steht, sondern den Endpunkt einer europaweiten Hegemonie des Kapitals markiert.

In Europa setzt sich mehr und mehr ein neuer „autoritärer Konstitutionalismus“ durch, in dem wesentliche Elemente der Volkssouveränität außer Kraft gesetzt werden. Das geht zurück auf die grundlegenden Geburts- und Konstruktionsfehler der EU als ein von Anfang an neoliberales (west-europäisches) Projekt

- von der wirtschaftsliberalen Grundlegung im Vertrag von Rom 1957
- über die Währungs- und Finanzunion als Treiber weiterer wirtschaftlicher Integrationsschritte (Verträge von Maastricht 1992 und Lissabon 2007; ESM-Vertrag 2012)
- bis zur EZB Konstruktion (2007 + 2012) mit dem Hauptziel „Währungsstabilität“ und Aufhebung währungspolitischer, sowie sanktionsbewehrter Einschränkung fiskalpolitischer Souveränität der Mitgliedsstaaten
- und dem 5-Präsidenten-Papier als Festschreibung einer neoliberalen Wachstums- und Austeritätsstrategie und dem „europäischen Semester“ als Kontrollinstrument.

Grundfehler und Kritiklinien

Vor dem Hintergrund der oben umrissenen Ausgestaltungen der ursprünglichen europäischen Idee sehen wir heute folgende grundlegende Kritiklinien:

- Das **„Gesetz des Marktes“** (law of competition) als Grundlage aller europäischen Verträge hat sozial und politisch zu tiefer Spaltung geführt.

- Der Vorstellung, es würde sich eine europäische Demokratie im Rahmen einer europäischen Zivilgesellschaft entwickeln, steht die **Demokratiefeindlichkeit** der europäischen Institutionen gegenüber:
- Die Kommission und der Ministerrat agieren wie eine **von Regierungen besetzte Legislative**.
- Das **EU-Parlament** ist dabei **ohne Initiativrecht!**
- In **quasi feudalen Strukturen** befinden sich Regierungschefs in „Märchenschlössern“ über das Schicksal der Völker.
- Die **Währungsunion nimmt** den Mitgliedstaaten das **grundlegende Souveränitätsrecht** der Geldschöpfung in der je eigenen Landeswährung,
- In der Währungsunion werden **heterogene Volkswirtschaften zu einem Währungsraum zusammengefasst** (also keine Möglichkeit der Abwertung als Ausgleich unterschiedlicher Produktivitätsniveaus)
- Die **Europäische Union wird immer weiter militarisiert!**
- Damit einher geht eine unauffällige aber **tiefgreifende Entsolidarisierung** zwischen den Staaten, aber auch den Völkern. Deutlich wurde dies in der Flüchtlingskrise seit 2015.

Konturen eines solidarischen Europa

1. Eine Verfassung der Nachhaltigkeit

Als neue Basis eines solidarischen Europa erachten wir eine sozio-ökonomische Grundverfassung der ökologischen Nachhaltigkeit und sozialen Gerechtigkeit als Teil der Umsetzung der Agenda2030 der Vereinten Nationen.

Wir wollen ein Europa, in dem das Grundprinzip der Nachhaltigkeit dem Prinzip des Wettbewerbs übergeordnet ist. Das europäische Law of Competition wurde als alles überragendes Gesetz des Wettbewerbs in den Gründungsdokumenten der europäischen Wirtschaftsunion festgeschrieben. Bis heute dominiert es die Europäische Union, die demzufolge die politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Interessen den Gesetzen eines uneingeschränkten Konkurrenzmarktes unterordnet. Eine neue europäische Verfassung muss auf eine neue Basis gestellt werden. Das Gesetz der Nachhaltigkeit (Law of Sustainability) muss über dem Gesetz des Wettbewerbs stehen.

2. Ein demokratischer europäischer Föderalismus

Ein tatsächlich demokratischer europäischer Föderalismus erfordert neue Befugnisse des europäischen Parlaments. Wo ökologische und soziale Werte europaweit verwirklicht werden sollen, ist das Parlament mit echter Initiativ- und Entscheidungsbefugnis auszustatten. Nicht Kommission und Ministerrat sollen im Auftrag von Regierungen die Geschicke lenken, sondern eine europäische Regierung, bestellt und kontrolliert vom Parlament. (Schweizerisches Modell anwenden: Konkordanzdemokratie)

3. Zivilgesellschaftliche Partizipation

Eine starke zivilgesellschaftliche Partizipation soll erreicht werden, indem im Europäischen Parlament eine „zivilgesellschaftliche Kammer“ eingerichtet wird.

Die Lobbymacht in Brüssel soll dabei durch eine vergleichbar ausgestattete zivilgesellschaftliche „Kammer“ mit Informations- und Antragsrechten im europäischen Parlament ausbalanciert werden, die die Interessen von Anspruchsgruppen in die komplizierten europäischen Gesetzgebungsverfahren einbringt.

Geheimverhandlungen wie zu TTIP und CETA dürfen höchstens informellen Charakter haben. Alle Verhandlungen, die Vertragsabschlüsse nach sich ziehen, müssen mindestens EU-parlamentsöffentlich geführt werden. Den EU-Abgeordneten muss voller Informationszugang gewährt werden. Im Verweigerungsfall muss daraus ein Vetorecht erwachsen!

4. Alternativen zum Euro

Der Euro hat die Spaltung Europas vertieft und führt zu einer sich immer weiter verschärfenden Ungleichheit in und zwischen den Ländern. Die Annahme, die Einheit der Währung führe zu einem Abbau der strukturellen Ungleichheiten der europäischen Volkswirtschaften und zu gleicher Wettbewerbsfähigkeit, hat sich nicht bestätigt, das Gegenteil ist heute der Fall. In diesem Bereich ist ein Rückbau der Integration nötig, während in anderen Bereichen eine vertiefte und demokratisch legitimierte Integration anzustreben ist („variable Geometrie“).

Wir wollen ein neues Europäisches Währungssystem. Denkbar wäre zum Beispiel ein Währungssystem mit nationalen oder gar regionalen Parallelwährungen zum Euro, die in nationaler Souveränität geschöpft würden mit angepasster Parität zum Euro. Ein duales Währungssystem (Euro und jeweilige Landeswährungen) hatten wir immerhin schon, und es hat funktioniert. Damit können die weniger „wettbewerbsfähigen“ Volkswirtschaften eigenständige Entwicklungswege beschreiten.

5. Abkopplung vom System globalisierter Renditekonkurrenz

Ein nach innen wie nach außen solidarisches Europa ist nicht möglich ohne einen zumindest partiellen Ausstieg (Abkopplung) aus dem System der globalisierten Kapital- und Renditekonkurrenz. Es erfordert stattdessen den Aufbau gleichberechtigter und symmetrischer Handelsbeziehungen, in denen die Handelsbilanzen sich die Waage halten und durchgängig die verpflichtende Beachtung der Prinzipien des fairen Handels gilt. Die Verpflichtung auf ein Außenhandelsgleichgewicht soll dabei das Prinzip der „Exportweltmeisterschaft“ ersetzen, das eigene Vorteile auf Kosten anderer Volkswirtschaften realisiert. Zugleich soll der Aufbau nachhaltiger sozialer und ökologischer Strukturen bei den Handelspartnern zum neuen Leitbild werden, statt diese weiter dem Sozial-, dem Lohn-Dumping der internationalen Konkurrenzmärkte zu unterwerfen. Innerhalb wie auch an den Außengrenzen Europas führt dies zu immer dramatischeren Migrationsbewegungen, da die weniger „konkurrenzfähigen“ Volkswirtschaften ihren Bürgern keine Existenz mehr bieten können.

Der europäische Wirtschaftsraum ist groß genug, sich von den Zwängen einer globalisierten Renditekonkurrenz in vielen Bereichen abzukoppeln. Hierzu gehört u.a.

- eine Regionalisierung und Vernetzung als Gegengewicht zur neoliberalen Globalisierung sowie
- der Aufbau teilautarker europäischer Infrastrukturen (z.B. europäisches Internet, europäisches GPS, „Europabank“ und „EWF“ und statt Weltbank und IWF) und

- die politische Stärkung von Initiativen des Europäischen Parlaments wie z.B. „Social and Solidarity Economy in Europe“ oder „Non Financial Reporting Initiative“ (außermonetäre Unternehmensziele).

4. Offene Grenzen auch zum Nicht-Europäischen Ausland

Offene Grenzen und „freie Niederlassung“ würden eine Wiederherstellung des Nicht-Militärischen Status‘ der Europäischen Union, also die Auflösung von Frontex, ermöglichen. Davon sind wir derzeit jedoch weit entfernt. Die dann Europa erreichenden Migrationsströme wären zwar ökonomisch zu bewältigen, denn die wirtschaftlichen Potenziale wären für eine viel größere Bevölkerung ausreichend und weiter entwicklungsfähig. An den kulturellen Problemen würde ein offenes europäisches Projekt aber mit hoher Wahrscheinlichkeit zerbrechen.

Um diese Herausforderung zu bewältigen, sollten säkular und demokratisch gesinnte Vertreter der verschiedenen Religionen in die Lösung der Probleme mit einbezogen werden, da diese weltweit auf einem gemeinsamen humanistischen Fundament stehen. Werte wie gegenseitiger Respekt, Hilfsbereitschaft, Mitgefühl, Freundschaft (auch Gastfreundschaft), Liebe ... bieten eine tragfähige Basis für gemeinsame Projekte und gegenseitiges Verständnis.

Schlüsselfrage Solidarität

Voraussetzung für alle Konzepte der Offenheit, des Zugangs und der Chancengleichheit bleibt ein Ausgleich der ökonomischen Ungleichgewichte! Dabei spielt die Solidarität eine Schlüsselrolle. Solidarität in mehrfacher Hinsicht:

1.) Solidarität zwischen den europäischen Staaten

Der Umgang mit europäischen Nachbarn wie z.B. mit Griechenland ist unwürdig. Das Land wurde zunächst ökonomisch ausgelaugt (Rüstungsexporte nach Griechenland, Zerstörung der industriellen Infrastruktur durch Preisdruck). Danach wurde es fiskalisch erpresst und ökonomisch weiter niedergedrückt (Austerität, Privatisierung staatlichen und kommunalen Eigentums). Auch das Verhalten einiger (vor allem osteuropäischer) Länder in der Flüchtlingskrise war weit entfernt von den Prinzipien eines solidarischen Europas.

2.) Solidarität mit den Flüchtlingen

Die Flüchtlingskrise stellt Europa in eine epochale Entscheidungssituation, die uns an die Schuld erinnert, die Europa besonders durch den transatlantischen Sklavenhandel und die Völkermorde westeuropäischer Mächte zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert mit weit über 10 Mill. Westafrikanern auf sich geladen hat. Durch den berüchtigten Dreieckshandel hat man daran „verdient“ und dabei Kapital akkumuliert, das in die industrielle Revolution investiert werden konnte und so die ökonomische Hegemonie des Westens mit begründet hat, der er seinen heutigen Wohlstand verdankt. Hinzu kam dann noch die materielle Ausplünderung der Kolonien.

Insbesondere die ehemaligen Kolonialmächte Spanien, Portugal, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Italien, Belgien und Deutschland stehen daher in einer besonderen historischen Verantwortung gegenüber Afrika, Lateinamerika und Asien.

Diese Politik wirkt heute weiter nach, wenn die EU den europäischen Binnenmarkt durch Zölle vor Zwischen- und Fertigprodukten schützt. Dadurch wird in den Nicht-Industrialisierten

Ländern die Armut zementiert, denn sie müssen Produkte teuer einkaufen, können aber ihre Rohstoffe nur billig verkaufen. Damit werden aber die Punkte (SDGs) 1, 10 und 16 der Agenda2030 der UNO international gesehen konterkariert! Hinzu kommen die (von den Regierungen genehmigten!) Waffenexporte insbesondere aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien, die viel zum Elend in der Welt und damit zu den Flüchtlingsströmen beitragen.

3.) Globale Solidarität

Es liegt zutiefst im gesamteuropäischen Interesse, globale Solidarität zu üben, anstatt von der ökonomischen Globalisierung immer nur einseitig zu profitieren. Zwar wird ein sog. „Marshall-Plan für Afrika“ gefordert, um Flucht-*Ursachen* zu bekämpfen. Wirtschaftshilfe bisherigen Stils in einem durch und durch von Eigennutz geprägten Wirtschaftssystem, das Unterschiede immer nur verstärkt und nicht ausgleicht, ist dafür aber nicht geeignet. Gebraucht wird eine gezielte und umfangreiche Förderung nachhaltiger Strukturen, die eine eigene ökonomische Entwicklung der bisher von Europa ausgebeuteten Länder ermöglicht. Deutschland mit seinem enormen Importdefizit kann einen besonderen Beitrag zum Abbau der weltweiten Ungleichgewichte leisten, indem es eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz anstrebt. Das Prinzip der Exportweltmeisterschaft muss durch das Grundprinzip ausgeglichener Handelsbilanzen abgelöst werden, um weltweit vom Wirtschaften auf Kosten anderer abzurücken. Wir wollen einen Europäischen Internationalismus nach dem Prinzip der „einen Welt“, das heißt der globalen Verantwortung.

Europäische Friedenspolitik

Globale Verantwortung heisst auch, die Beziehungen zu anderen Ländern auf eine gleichberechtigte wirtschaftliche und politische Basis als Grundlage europäischer Friedenspolitik zu stellen. Das schließt auch Russland und China ein. Dringend geboten sind Maßnahmen politischer und militärischer Entspannung wie der Abzug der Truppen an der westrussischen Grenze, die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland und die Offenlegung der Interessen, die zu dem derzeitigen Säbelrasseln geführt haben. Die Menschen in allen betroffenen Ländern haben ein Recht darauf zu erfahren, warum die Spannungen zwischen der NATO und Russland zunehmen. Die bisherigen Erklärungen und Begründungen sind unzureichend, obwohl es sich um die Konfrontation von Atommächten handelt, die Gefahren also enorm sind. An die Stelle antirussischer Ressentiments ist die Betonung einer auch historisch gebotenen deutsch-russischen Freundschaft zu setzen, um die Entwicklungen zu einer offenen, freien und solidarischen Gesellschaft in Russland zu stärken.

Zu einer europäischen Friedenspolitik gehört es auch, allen Gedankenspielen einer Europäischen Union unter deutscher Hegemonie als Gegengewicht zu den USA eine klare Absage zu erteilen. Auch zu den USA brauchen wir stabile, berechenbare, freundschaftliche Beziehungen. Wer die Agenda2030 der Vereinten Nationen ernst nimmt – ein internationales Dokument, das inzwischen auch national untersetzt ist – muss internationale Beziehungen auf Kooperation, statt auf Konkurrenz ausrichten. Deshalb lehnen wir TTIP, CETA und TISA nicht nur als praktisch irreversible Einschränkung der Gestaltungsfreiheit eines demokratisch neu konstituierten Europas ab, sondern auch weil damit die bestehenden ökonomischen Ungleichgewichte weiter verschärft werden.

Wir wollen ein wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltiges, respektvoll und solidarisch mit anderen Länder und Völkern zusammenarbeitendes, friedliches und demokratisches Europa.